

Datenschutzrechtliche Information nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Einwilligungserklärung der betroffenen Person gem. Nr. 12)

Durch die Vergabestelle der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin werden im Rahmen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen neben unternehmens- und auftragsbezogene auch personenbezogene Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet. Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

Nr. 1	Verantwortlicher für die Datenverarbeitung
Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Masurenallee 6 A, 14055 Berlin, Telefon: +49 30 310030, E-Mail: vergabestelle@kvberlin.de	
Nr. 2	Kontakt Daten der/des Datenschutzbeauftragten:
Jan-Christoph Thode, datenschutz nord GmbH, Kurfürstendamm 212, 10179 Berlin, E-Mail: datenschutz@kvberlin.de	
Nr. 3	Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten
Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zunächst zur Vertragsanbahnung im Rahmen eines Vergabeverfahrens. Die weitere Verarbeitung personenbezogener Daten dient sodann der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung des geltenden Vergaberechtes sowie der anschließenden Umsetzung des öffentlichen Auftrags (Leistungsabruf und Zahlungsverkehr) und damit der Erfüllung einer öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin. Insbesondere im Rahmen und zum Zweck der Eignungsprüfung ist es erforderlich, dass die Vergabestelle personenbezogenen Daten erhebt und verarbeitet.	
Nr. 4	Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten
Die Vergabestelle hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das GWB, die VgV, die UVgO sowie die LHO Berlin.	
Die Verarbeitung erforderlicher personenbezogener Daten erfolgt insofern	
• zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO), dies umfasst auch Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind, • aufgrund rechtlicher Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 Satz 1 lit. b) DSGVO i. V. mit und § 3 Berliner Datenschutzdurchführungsgesetz (BlnDSG) und den weiteren vergaberechtlichen Vorschriften (insbesondere GWB, VgV, UVgO, LHO Berlin) oder	

- aufgrund der Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 lit. e, Abs. 3 Satz 1 lit. b) DSGVO i. V.m. § 3 Berliner Datenschutzdurchführungsgesetz (BlnDSG) und den weiteren vergaberechtlichen Vorschriften (insbesondere GWB, VgV, UVgO, LHO Berlin).

Nr. 5	Diese Kategorien personenbezogener Daten werden verarbeitet:
	• persönliche Kontaktdaten und Namen von Bewerbern und Bieter sowie ggf. Nachauftragnehmern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt (z.B. Vor- und Nachname, Post- und E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Kontodaten) • Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bewerber und Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Post- und E-Mail-Adresse, Telefonnummer) • Daten zur Qualifikation und Eignung eingesetzter Mitarbeiter und eingesetzter Nachauftragnehmer der Bewerber und Bieter (z. B. Referenzen mit Lebensläufen, Namen, Adressen, Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung der Mitarbeiter sowie Angaben zur Zuverlässigkeit des Mitarbeiters) • Sonstige Informationen in den Vergabeunterlagen, die auf konkrete Personen zurückzuführen sind (z.B. Bieter-Firmierung) <i>Wir empfehlen an dieser Stelle, die beabsichtigte Weitergabe dieser Daten zur Eignungsprüfung Ihrer Mitarbeiter gegenüber Ihren Mitarbeitern gemäß Ihren eigenen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen offenzulegen.</i> Personenbezogene Daten werden erforderlichenfalls auch dann verarbeitet, wenn die Vergabestelle diese zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen erlangt oder diese in zulässiger Weise von anderen Behörden oder sonstigen Dritten berechtigt übermittelt bekommt (Handelsregister, Gewerbezentralregister oder Wettbewerbsregister).

Nr. 6	Art der Verarbeitung personenbezogener Daten
	Die zur Zweckerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens erhoben, elektronisch erfasst, und gespeichert sowie verwendet und darüber hinaus auch in Papierform der Vergabeakte zur Dokumentation beigelegt. Zur Erhebung Ihrer Daten im Rahmen nationaler und EU-weiter Vergabeverfahren setzt die Vergabestelle die Software „Cosinex“ ein. Hierbei erfolgt eine Übermittlung Ihrer unternehmensbezogenen Daten an Server der Internetplattform www.dtv.de (Deutsches Vergabeportal GmbH) zum Zwecke anschließender Bekanntmachungen. Darüber hinaus erfolgt durch die eingesetzte Software die Speicherung und Verarbeitung sogenannter Logdateien ohne Personenbezug.

Nr. 7	Empfänger der personenbezogenen Daten
	Empfänger der personenbezogenen Daten sind insbesondere die Mitarbeitenden der Vergabestelle, welche für die Bearbeitung und die Durchführung des jeweiligen Vergabeverfahrens zuständig sind.

Weiterhin können verantwortliche Personen bei der jeweiligen Bedarfsträgern (z. B. zur fachlichen Auswertung der Angebote oder bei der Vertragsabwicklung), des technischen Supports (hier: „Cosinex“, s. Nr. 6) und Angehörige anderer öffentlicher Stellen, insbesondere Prüfungsinstanzen Kenntnis von Ihren Daten erhalten.

Eine Weitergabe einzelner personenbezogener Daten erfolgt im Übrigen nur, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern im Rahmen der gesetzlich zulässigen Übermittlung gehören im Einzelfall:

- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs. 1 UVgO über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind,
- Die Öffentlichkeit, die bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb (UVgO) oder Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb (UVgO) ab einem Auftragswert von 25.000,- Euro (ohne Umsatzsteuer) für die Dauer von drei Monaten auf der Vergabepattform www.dtv.de (Deutsches Vergabeportal) über den vergebenen Auftrag, zumindest unter Angabe des Namens des beauftragten Unternehmens, informiert wird.
- Bei Ausschreibungen oberhalb der EU-Schwellenwerte (GWB, VgV) wird der vergebene Auftrag grundsätzlich unter Angabe des Namens des beauftragten Unternehmens im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht.

Nr. 8 Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Die Daten werden bei der Vergabestelle gespeichert solange dies im Rahmen des Vergabeverfahrens, zur Vertragsdurchführung und Vertragsabwicklung erforderlich ist. Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungszwecks werden die Daten regelmäßig gelöscht, es sei denn, deren Weiterverarbeitung ist aufgrund einschlägiger gesetzlicher bzw. vertraglicher Aufbewahrungsfristen und Dokumentationspflichten erforderlich. Der Löschung steht die datenschutzgerechte Vernichtung verkörperter Daten gleich.

Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), welche bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen können (§§ 195 ff. BGB).

Nr. 9 Rechte der betroffenen Person

Nach der DSGVO stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung unrichtiger, nicht (mehr) zutreffender personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 21 DSGVO)

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO kann eine erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

Nr. 10	Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde
Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO ferner das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Zuständige Aufsichtsbehörde ist: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59–61, 10555 Berlin, Tel.: +49 30 138890, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de	
Nr. 11	Preisgabe und Folgen der Verweigerung personenbezogener Daten
Die Bekanntgabe und Übermittlung von personenbezogenen Daten oder die Auskunft zu Sachverhalten mit personenbezogenen Daten erfolgt freiwillig. Die Nichtangabe geforderter Daten führt nicht unmittelbar zum Ausschluss eines Bewerbers oder Bieters vom Vergabeverfahren. Ein Ausschluss kommt aber immer dann in Betracht, wenn das Nichtvorliegen personenbezogener Daten zu einer Nichterfüllung von Mindestanforderungen bzw. vergaberechtlichen Ausschlusskriterien führt.	